

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreise mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage *Feden, Wissen, Kunst* und *Frauenwelt* und Jugend einschließlich *Fringsboten* monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 3.—, erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertionspreise werden die Gegenstände mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung mit Rabatt gemindert. Belegausgaben 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 18.

Dresden, Freitag den 23. Januar 1914.

25. Jahrg.

Die Nationalliberalen haben zur Bahern-Interpellation eine scharfe Resolution eingebracht.

Der bekannte Schatzmacher-Journalist Schweinburg ist gestorben.

Nach einer Londoner Meldung einigte sich das englische Kabinett in der Frage des Marinedbudgets.

Zum Gedächtnis des roten Sonntags kam es im Reichstag und anderen Städten zu gewaltigen Demonstrationen.

Albanische Banden brandstifteten im Epirus in den von den Griechen gesäumten Gebieten.

Vorpiel.

Endlich unterliegen Bahern und alles, was von dort ausging, wieder dem Urteil des Reichstags. Es hat lange genug gedauert, bis der Reichstagskanzler sich von seinen schlaflosen Nächten so weit geträumelt fühlt, daß er diese Auseinandersetzung auf sich nehmen will.

Der Fall Bahern ist weit über seine Ursprünge hinausgewachsen. Die Gewalttaten der Baherner Offiziere und die Straftaten der Kriegsgewaltigen haben die größten Fragen der deutschen Gegenwart so klar und so nachdrücklich wie selten aufgerollt und zur Entscheidung gestellt. Auf jener Seite steht die maßlose Privilegienherrschaft des übermächtigen Junkertums und seiner Soldateska. Auf dieser Seite müssen alle stehen, die das Deutsche Reich aus einem Staate der schließlichen Schelgenherrschaft zu einem Staate der schließlichen Gleichheit zu einem Staate der schließlichen Gleichheit zu machen wollen, in dem wenigstens endlich einmal die staatsbürgerliche Gleichberechtigung eine Entwicklungsmöglichkeit erhält. Die ersten Schritte, die Schritte aller Reichstagsmitglieder, Generale und Offiziere, haben ihren mächtigen Haß gegen den deutschen Reichsgedanken und gegen den Reichstag in die schärfsten Schmähungen ausströmen lassen. Die Aufgabe des Reichstags ist es, nicht nur den Übermut der Junkerei und Generalsoldateska zurückzujagen, sondern mit festem Willen diese volkstümliche Clique beim Zaun zu packen.

Ob der Reichstag diese Aufgabe lösen wird? Besonders günstig sind die Vorzeichen nicht.

Wir wußten von Anfang an, daß die Hünfischel-Partei, die dem Reichstagskanzler am 4. Dezember das Wahntextbrot für seine Verschönerungen der Baherner Ausschüsse erteilte, innere Unschlüssigkeit nicht besaß. Die Nationalliberalen waren schon damals nur mit zagen Schritten und schlatternden Armen dabei. Die folgenden Vorwürfe haben die liberale Unschlüssigkeit erst recht offenbar gemacht und noch gesteigert. Statt von Kaller, dem Straßburger Rechtslehrer, der damals das Wort rief: „Alles hat in Unschlüssigkeiten“ wird jetzt Herr Wasser

auf die Tribüne steigen. Man darf schon ahnen, daß es da ein gar schwächliches Bemühen und Aber geben wird. Seit die Schützlinge ihre Vorwürfe gegen Bethmann-Vollweg unternehmen, weil er nicht genug reaktionär sei, glauben die liberalen Diplomaten, schüßend vor Bethmann treten zu sollen. Auch das Zentrum will keine scharfe Aggression, obwohl es durch Wiederbestellung des Abgeordneten Fehrenbach als Redner in den bevorstehenden Debatten ankündigt, daß es wenigstens in Worten sich noch einigermahen aufrecht erweisen möchte.

Die bürgerlichen Mittelparteien wollen nicht den offenen Kampf gegen die Reaktion. Sie sind selbst von Reaktionsneigungen und von Sozialistenfeindschaft viel zu sehr durchsetzt, als daß sie bereit wären, mit der traurig schwankenden Rangiergehülte ein Ende zu machen und ein klares Schlachtfeld zu schaffen. Sie wollen demütigen und vertuschen, den Gegenständen die Spitzen abbrechen und wenn irgend möglich eine Veröhnungszustände bringen. Die Sozialdemokratie hat in dieser Lage die dankbare produktive Aufgabe, vor allem deutschen Volk zu sagen was ist und die schärfste Kriegsanlage gegen die herrschende Schelgen- und Klassenherrschaft zu richten. Das wird schon unser erster Redner, Parteigenosse Dr. Frank, der am Freitag die sozialdemokratische Interpellation begründet, gebührend betonen.

Die lang erwartete Debatte über Bahern und Militärjustiz hatte am Donnerstag bereits ein feines Vorpiel. Überwiegend zwei Vorspiele, ein sehr ernstes und ein recht heiteres. Die Rede unseres Parteigenossen Veine über das Koalitionsrecht der Arbeiter und über die Notwendigkeit, es zu sichern, war fürwahr eine hervorragende Leistung, ein Meisterstück. Diese Rede, die in den weitesten Volksteilen verbreitet zu werden verdient, bedeutet eine ebenso sachkundige wie auch innerlich Empörung hervorhebende großartige Abrechnung mit den brutalen Vergewaltigungen des Arbeiterkoalitionsrechts, mit den gefährlichen und eben heuchlerischen Reaktionsrufen nach vermehrten Ansehelsbestimmungen. Viele Rede läßt aber zugleich erkennen, wie sehr auch die Frage des Koalitionsrechts der Arbeiter eine Teilfrage ist aus den allgemeinen großen Klassenkämpfen unserer Zeit. Der Übermut der Soldateska und der Schrei nach Arbeiternebelung, wie er aus den Anträgen der Reform-Fraktion erklingt, das stammt alles aus einem Grunde.

Die Konservativen hatten vor Feines Anlagerede, die sonst bei allen Parteien des Reichstags tiefen Eindruck hervorrief, die Flucht ergriffen. Dann aber, zum Schluß der Sitzung, strömten sie, Graf Beckers und der weißbewesete Dr. Dertel daran, wieder in den Sitzungssaal, um einen tapferen Streich zu vollführen, der sich freilich schnell als ein lächerlicher Auftrieb erweist. Auf Grund der Beratungen des Seniorsenatsentschlusses nämlich der Präsident Dr. Kaempf vor, auf die Tages-

ordnung der nächsten Sitzung nicht nur die Interpellationen zu legen, sondern auch die Anträge, die den Gegenstand der Interpellationen betreffen. Darin glaubte Graf Beckers wieder einmal eine „demokratische Annäherung“ zu sehen. Weil nach der Geschäftsordnung des Reichstags bei Besprechung von Interpellationen derartige Anträge nicht zulässig sind, wollte der konservative Fraktionsführer auch die Behandlung dieser Anträge als abgeordnete Abschnitte der Tagesordnung nach Erledigung der Interpellationen nicht zulassen. Es ergab sich eine Geschäftsordnungsdebatte, in der alle Fraktionen sich gegen Beckers wendeten. Beckers verlor mehrfach seine Don-Quixoterie mit verlegenen Redensarten zu klären. Aber bei der Abstimmung trat wieder die Hünfischel-Partei gegen das kleine Häuflein der Konservativen in die Erscheinung.

Das ist ja der unendliche Schmerz der „kleinen, aber mächtigen Partei“, daß sie in diesem Reichstage — trotz aller Unzulänglichkeiten der Mittelparteien — ihren reaktionären Willen nicht durchführen kann. In ihrer Not begehen die konservativen Drahtzieher Fehler über Fehler. Der famose Junker v. Oldenburg-Dornshausen klagte am Dienstag vor seinen westpreussischen Mitjüngern, daß er — weil bei der letzten Wahl durchgerastet — bei der Bahnerdebatte nicht hätte reden können; es sei zwar von konservativer Seite geredet worden, aber nicht mit der nötigen Rücksichtslosigkeit. Er hätte das ganz anders gemacht. Also, die junkerlichen Schatzmacher sind auch selbst mit einander uneins, wie das Geschäft richtig betrieben werden muß. Und Graf Beckers hat nun versucht, die Sache ganz gut zu machen und ganz schmerzhaft gegen die „gemildete Gesellschaft“ loszugehen. Aber siehe — es kamen nur eine Dummheit heraus und ein gründlicher Reinfall. Das Vorpiel war nicht übel.

Für das Koalitionsrecht.

Aus dem Reichstage geht uns folgendes Stimmungsbild an:

Die letzten Tage der Generaldebatte des Etats des Junkers im Reichstage hatten interessante Auseinandersetzungen über die deutsche Wirtschaftspolitik gebracht. Am Donnerstag war die Sozialpolitik wieder der Hauptgegenstand der Erörterungen, und zwar war es das Haupt- und Zentralproblem aller sozialpolitischen Vorkämpfer, das zur Debatte stand. In der Tat ist keine Sozialpolitik denkbar, weder durch die Gesetzgebung, noch durch das eigene Vorgehen der Arbeiterschaft, wenn nicht dem Proletariat die volle Lebensarbeitsfreiheit garantiert ist. Das freie Koalitionsrecht ist die Quelle und der Kern sozialpolitischer Wirkens.

Das haben nicht nur die Vertreter der Arbeiterschaft längst erkannt, auch die Gegner unserer Bewegung, und gerade sie sind zu diesem Bewußtsein gelangt, und eben daraus erklären sich die heftigen Angriffe, die sie systematisch und unermüdet gegen das Koalitionsrecht richten. Genosse Dertel hat in der ausgezeichneten Rede, die er zur Verteidigung und

Das Zeitalter der Skandale.

I. m. Wir leben in einer Zeit der gesellschaftlichen Skandale. Man sagt den anderen, und kaum hat einer aufgehört, mit seinem eigenen Hüten die Spalten der Zeitungen zu überschimmern, als schon ein neuer Skandal noch größere Hüten heranzieht.

Was sind diese gesellschaftlichen Skandale gemäß keine neue Erscheinung der Geschichte, aber in doppelter Beziehung unterschieden sich die heutigen Skandale von ihren Vorgängerinnen: sie haben an Umfang ebenso zugenommen, wie sie an Wirkung abgenommen haben. Man erinnert sich an den Fallhandprozess der Königin Marie Antoinette, der in den bürgerlichen Geschichtsbüchern über die große französische Revolution als ein Hauptbeispiel dieser gewaltigen Umwälzung gekennzeichnet zu werden pflegt oder man denke an die Verurteilung der Herzogin Chloé-Beauclerc durch Herrn Gatten, die Entzweiung des Bürgerkönigtums in Paris und die Revolution des Jahres 1848 erlebte.

Man braucht nun wirklich nur einige Jahre oder Jahrzehnte in der deutschen Geschichte zurückzublicken, und man wird sie bis zum Überfließen mit Skandalen gefüllt finden, die in ihrer Gesamtheit das Zeitalter über Jahrhunderte von dem bedeuten, was ebendamals nach der liberalsten Geschichtsschreibung genügt haben würde, nicht nur die Menschheit in die Luft zu sprengen, sondern sogar eine gesellschaftliche Umwälzung herbeizuführen. Nun kam und wird abermals behauptet, daß diese Massenproduktion an Skandalen je nachdem mit einem armenlichen Mittelstadium ein Ende genommen, oder daß die kapitalistische Gesellschaft irgendwie erschüttert hat.

Die Schönkrieger der kapitalistischen Gesellschaft haben diese unheimliche Erscheinung dadurch zu erklären, daß sie sagen, in der heutigen Gesellschaft seien eben diese oder jene Skandale notwendig, der Unterschied bestünde nur darin, daß heute, bei der unheimlich erhöhten Öffentlichkeit, jeder Skandal sofort an die unheimlich erhöhten Öffentlichkeit, jeder Skandal sofort an die unheimlich erhöhten Öffentlichkeit und auf das unheimlich verstärkte Redensgarn der Massen einen viel tieferen Eindruck mache. Wie es nun immer sonst um diesen Umstand stehen mag, so besteht es aber immer noch um diesen Umstand stehen mag, so besteht es aber immer noch um diesen Umstand stehen mag, so besteht es aber immer noch um diesen Umstand stehen mag.

gleichwohl eine solche revolutionäre Wirkung habe, so ist es ja um so unabweislicher, daß die ungewohnte Anzahl von Skandalen, die seit einem Menschenalter in Deutschland zu verzeichnen gewesen ist, auf das ungleich schwere Mißgeschick der Nation durchaus nicht ausweisend gerichtet hat.

Die tatsächliche Wirkung des Mißfalls liegt ganz wo anders. Die gesellschaftlichen Skandale entspringen aus dem Proletariat, von dem sie ungetrenntlich sind und ungetrenntlich bleiben werden. Solange diese Klassen nicht durchgedrungen sind, solange man hoffte, durch Reformen aus dem Boden des Privateigentums einen Zustand allgemeiner Gleichheit herzustellen, solange man die Skandale nicht als Produkte des Privateigentums an sich, sondern nur einer besonderen Form des Privateigentums betrachtete, so lange bilden sie auf die beherrschten Klassen einen aufstrebenden und auf die herrschenden Klassen einen entweichenden Druck aus.

Je mehr sie sich herausstellte, daß die gesellschaftlichen Skandale nichts anderes sind als Konflikte, die sich auf dem Boden des Privateigentums ereignen und unerschöpflich neu ereignen müssen, gleichviel, welches seine Form sei, je mehr änderte ihre revolutionäre Wirkung auf. Die beherrschten Klassen begannen zu begreifen, daß man die Wirkung nicht befeigen könne, ehe man die Ursache nicht zertrübt habe, und die beherrschten Klassen begannen einzusehen, daß Skandale in den Kampf genommen werden müssen, wenn man nicht auf das Privateigentum verzichten wolle, wozu sie natürlich nicht denken.

Genau könnten sie die Skandale abschaffen, ohne sich selbst abzuschießen, so läßt sie es mehr als gerne, gerade so wie sie die Sozialdemokraten abschaffen müßten, wenn sie es nur könnten. Aber da es nun einmal ohne Skandale nicht geht, so muß es mit Skandalen gehen, und selbst die Organe der bürgerlichen Presse, die sich als erhabene Zuversicht über die wachsenden Skandale der kapitalistischen Gesellschaft aufwiegen und sogar den letzten Schieber von ihnen erheben, um sich interessanter zu machen, schloßen in eine viel edlere jenseitige Unterstützung über die Skandalwelt der Sozialdemokratie um, sobald sie vor die entscheidende Frage gestellt werden,

so wie der Vorwurf der Skandalwelt gemeint ist, trifft er natürlich die Skandale der Partei nicht. Es ist die Pflicht der Partei, die Skandale der Arbeiterschaft zu registrieren, als Bestätigung des Privateigentums und als Maßstab seiner immer zunehmenden Zerrüttung. Wenn die gesellschaftlichen Skandale sich heute in ganz anderem Maße häufen, wie vor 1789 und 1848, so aus dem Grunde, weil damals nur eine bestimmte Form des Privateigentums zerfiel, heute aber das Privateigentum in der entworfensten und höchsten Gestalt zerfällt, die es überhaupt erreichen kann. Diese Zusammenhänge aufzuklären und eingehend aufzuzeigen, wie die beherrschten Klassen, die sich ein Herrschaftsrecht über die arbeitenden Klassen anmaßen, innerlich verfaulen, das ist eine unerlässliche Aufgabe der Arbeiterpresse, in deren Erfüllung sie sich selbst Augenblick durch unermüdeten Eifer oder durch die heuchlerischen Vorwürfe der Skandale belegen lassen darf, die von ihren Tündern nicht gesprochen haben wollen.

Aber eben auf die tiefsten Zusammenhänge kommt es an, die wir nie aus den Augen verlieren dürfen, wenn wir die gesellschaftlichen Skandale registrieren. Wir dürfen niemals unterschreiben in die „allgemeine Entrüstung“ einstimmen, die sie unter den Spielbürgern erregen, da nichts, aber auch gar nichts dahinter steht, als am letzten Ende eine Kaschierung derrer, die sich dadurch täuschen lassen. Wir dürfen nie vergessen, daß die kapitalistische Gesellschaft an ihren Skandalen nicht sterben wird, daß sie sich längst mit diesen unermüdetlichen Begleiterscheinungen ihrer Herrschaft abgefunden hat, und daß selbst, wenn sie daran sterben könnte und würde, der Arbeiterklasse durchaus nicht damit gedient wäre, zu warten, bis sie einmal eine durch und durch verfaulene Gesellschaft entzweit könnte.

Es sind wir uns eine Welt entfernt von dem geschäftsmäßigen Betriebe der bürgerlichen Presse, die mit einer Hand die kapitalistischen Skandale aufwacht und sie mit der anderen Hand vertuscht. Wir beschäftigen uns mit ihnen in dem reinen Sinn eines prinzipiellen Kampfes, der sich aus den tiefsten Zusammenhängen des Verfalls immer noch die hellste Leuchte zu schöpfen weiß, daß eine gestützte Welt nicht anders hergestellt werden kann, als indem der kapitalistischen Gesellschaft die Kugel an die Wurzel gelegt wird.